

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



MAX GERBER,
VIZEPRÄSIDENT PRO LIBERTATE

Weihnachtswunsch

Sicher hat Sie Kinderlärm auch schon aufgeregt – aber deswegen gleich Kinder verbieten? Sicher haben Sie Lastwagenrennen auf der Autobahn auch schon geärgert – aber deswegen gleich ein Lastwagenverbot einführen? Sicher hat es Sie auch schon genervt, auf einer schönen Terrasse Verkehrslärm zu hören? Brauchen wir deswegen gleich ein Verbot des Individualverkehrs? Sicher haben Sie sich schon über Lärm von Flugzeugen im Anflug auf Kloten beschwert – wollen Sie deswegen künftig auf Ferien im Ausland verzichten? Eben und gleich geht es mir, wenn ich bei einer Bergwanderung einmal von Kampfjets der Schweizer Armee belästigt werde. Die Antwort ist nicht die Abschaffung der Flugwaffe! Denn A ist mir die eigene Armee lieber als eine fremde, und B sollte man die Probleme mit gesundem Menschenverstand angehen. Mehr wünsche ich mir zu Weihnachten eigentlich nicht.

«Die Luftwaffe braucht Trainingsmöglichkeiten in der Schweiz»



Sehr geehrter Herr Oberstleutnant im Generalstab Merz: Sie sind Kommandant des Fliegergeschwaders 13. Erlauben Sie mir eine «emotionale» Frage: Was geht in Ihnen vor, wenn Sie über der Schweiz fliegen?

Ich muss mich vor allem auf die Mission und das Fliegen konzentrieren. Aber es gibt bei Überflügen manchmal kurze Momente, wo ich nachdenken, geniessen, philosophieren kann. Die fantastische Aussicht über unser einzigartiges Land, der sprichwörtliche Abstand zum Alltag und die emotionalen Stimmungsbilder faszinieren mich immer wieder. Ich bin stolz, dass ich als Luftpolizist und somit als Teil der «Schweizerischen Lebensversiche-

In dieser Ausgabe

- 3** Wo bleibt das Vertrauen ins Militär?
- 4** Vorsicht: Russische Spionage...
- 5** Die Stadt Bern wählt 2008!
- 6** Zu wahr, um schön zu sein!
- 7** Gedanken der Präsidentin 12. Dezember 2007 – Ein schwarzer Tag für die Freiheit
- 7** Infanteriebunker Fischbalmen
- 8** Zusammenfassung



«täglich für unser Land im Einsatz sein darf.

Am 24. Februar 2008 werden wir über die Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» abstimmen, eine politische Forderung, die sehr direkt Ihre Arbeit und Ihren Auftrag betrifft. Was geht im Staatsbürger Peter Merz vor?

Die Armee-Abschaffer versuchen es alle Jahre wieder, sich mit ähnlichen Vorstössen ihrem Ziel mittels Salami-Taktik zu nähern. Mit der vorliegenden verführerischen und emotionalen Initiative soll der Armee und vor allem unserer Schweizer Bevölkerung das Dach über dem Kopf genommen werden. Ich staune immer wieder, wie viele egoistische, friedens- und wohlstandsverwöhnte Menschen es gibt, die offensichtlich den stabilen und friedlichen Zustand in unserer Schweiz als ein schon immer da gewesenes Selbstverständnis ansehen, und dies in Aberkennung der Geschichtsschreibung und der weltweiten, täglichen Vorkommnisse.

Was wären die schwerwiegendsten Auswirkungen der Initiative?

Da die ganze Schweiz praktisch aus «touristisch genutzten Erholungsgebieten» besteht, wäre bei Annahme der Initiative ein glaubwürdiges Training mit Kampfflugzeugen in der Schweiz zur Erfüllung unseres nationalen Auftrages praktisch unmöglich. Um aber fähig zu sein, unseren täglichen Auftrag im Rahmen des Luftpolizeidienstes – wie auch den Luftverteidigungsauftrag in der Krise – mit höchster Qualität erfüllen zu können, müssen wir in der Schweiz Trainingsmöglichkeiten haben. Als Vergleich: Jeder Spitzensportler ist auch nur erfolgreich, wenn er unter realen Bedingungen für den Wettkampf trainieren kann! Hinzu kommt, dass wir heute bewusst über wenig bewohntem Gebiet und ausserhalb der zivilen Luftstrassen fliegen.

Es wäre also so, dass vermehrt im Ausland geübt werden müsste? Wenn ja, hätte das Folgen für die Einsatzbereitschaft zum Beispiel über unseren Alpen?

Ja, wir müssten vermehrt, wenn nicht sogar permanent ins Ausland. Ich glaube aber kaum, dass es unsere Bevölkerung goutiert, wenn ihre Luftwaffe ständig irgendwo im

Ausland stationiert ist. Ein solcher Schritt wäre auch gegenüber dem Ausland moralisch fragwürdig, nach dem Motto «eine Luftwaffe wollen wir, aber den Lärm könnt ihr haben». Wir bekämen weitere Probleme:

- Die Einsatzbereitschaft in unserem Land wäre nicht mehr gegeben. Momentan ist es so, dass jeder Trainingsflug per sofort unterbrochen werden kann und zu einem Luftpolizei-Einsatz wird. Dies geschieht täglich!
- Hohe Kosten für Einmietung ausländischer Infrastrukturen, unzählige Verbindungsflüge für Personal und Material (ohne eigenes Transport-Flugzeug).
- Kein Training mehr mit den Schweizer Bodenleitstellen, Einsatz-Zentralen, anderen Truppengattungen etc.
- Zu wenig Personal, welches sich für noch mehr Ausland-Abkommandierungen zur Verfügung stellen würde.
- Verlust der Heimat-spezifischen Gegebenheiten.

Hat die Schweiz grundsätzlich mit dem «lauten» F/A-18 das falsche Flugzeug gekauft?

Nein. Die F/A-18 sind hervorragende Flugzeuge mit überwältigenden Fähigkeiten und haben sich in der Schweizer Luftwaffe bestens bewährt! Alle Flugzeuge dieser Leistungskategorie sind ähnlich laut oder sogar lauter.

Darf das Kriterium Lärm bei der Beschaffung neuer Flugzeuge eine wesentliche Rolle spielen?

Bei der Entwicklung von Hochleistungsflugzeugen steht die Gesamtleistung des Flugzeuges für den militärischen Auftrag im Vordergrund und nicht die Lärmimmission. Mit Segelflugzeugen oder Helikoptern kann ich weder Luftpolizeidienst leisten noch einen Schutz des Luftraumes garantieren. Die Schweiz würde sich also einen Bären dienst erweisen, diesem Kriterium eine wesentliche Rolle beizumessen. Die Lärmwerte werden jedoch bei der Evaluation von jedem Typ gemessen.

Wir sind der Meinung, das VBS kann und muss mit den von Lärm betroffenen Regionen Lösungen finden. Teilen Sie die Ansicht, dass die Luftwaffe aber oft zu Unrecht zum Sündenbock gemacht wird?



Peter Merz, wohnhaft in Beinwil am See, ist 39 Jahre alt, verheiratet und Vater von 3 Kindern. Seit 1990 ist er Berufspilot und Fluglehrer beim Berufspilgerkorps (BFK) und seit 1999 fliegt er den F/A 18. Ebenfalls war er Mitglied des Kunstflugteams «PC-7 Team». Im Jahre 2002 schloss er die Generalstabsausbildung ab. Von 2004 – 2005 war er Kommandant FI St 11 in Dübendorf und wechselte dann 2006 als Kommandant FI Geschw 13 nach Meiringen.

Ja, es stimmt, viele Leute reagieren ihren persönlichen Frust an der Luftwaffe ab und stempeln uns zum Sündenbock für alles. Man gewöhnt sich daran, im Wissen, dass der Grossteil der Bevölkerung hinter einem steht.

Wir wollen mit der regionalen Bevölkerung Lösungen suchen und ich verstehe die Forderungen der Betroffenen. Es ist auch nachvollziehbar, dass Leute nach dem «kleinen Finger – ganze Hand»-Prinzip versuchen, das VBS so lange zu «melken», wie es «Milch» gibt. Hier wünsche ich von meinem Arbeitgeber, dass er beharrlich bleibt und sich nicht über den Tisch ziehen lässt. Für mich ist klar: Die nationalen Interessen haben Vorrang vor den persönlichen oder regionalen Anliegen und dürfen nicht tangiert werden, sonst verkommt unser Einsatz zur Farce und die Glaubwürdigkeit ist dahin.

Wir sind uns der Lärmproblematik sehr bewusst und verhalten uns entsprechend. Dass wir Rücksicht nehmen wo es nur geht, ist selbstverständlich und nicht neu, auch wenn es gewisse Leute nicht wahrhaben wollen. Beispiele dazu:

- Wir werden nach der Beschaffung des Tiger-Teil-Ersatz-Flugzeugs im besten Fall gesamthaft nur noch ca 60-70 Kampfflugzeuge haben gegenüber rund 400 vor ein paar Jahren! Dies wegen der veränderten Bedrohungslage und der Fähigkeitssteigerung der heutigen Flugzeuge.

Positiver Nebeneffekt: Viel weniger Flugzeuge produzieren gesamthaft gesehen weniger Flüge und Lärm;

- Starke Einschränkungen der Flugbetriebszeiten bei Tag und Nacht;
- Kein Trainingsbetrieb an Wochenenden;
- Pistensperren während der Tourismus-Hochsaison;
- Hohe Minimal-Höhen für Luftkampfübungen in den Lufträumen;
- Überwachung und Optimierung der An- und Abflugverfahren mittels Lärmmessstationen auf allen Flugplätzen;
- Seltene Tiefflüge;
- Simulatortraining und spezifische Auslands trainings;
- Überschall nur über 10'000m/M.

Zum Schluss noch zwei Fragen: In Deutschland und Österreich wird die Debatte rund um den Befehl geführt, entführte Zivilmaschinen im Notfall abzuschliessen, wenn sie auf gefährliche und lebenswichtige Einrichtungen fliegen. Wie ist das bei uns geregelt und wie sehen Sie das als Militärpilot?

Als Militärpilot bin ich das ausführende Element und agiere gemäss den «Rules of Engagement», also den Einsatzregeln. Diese werden für spezifische Einsätze oder allgemeine Bedrohungslagen von der Führung definiert.



Bei Einsätzen wie beim WEF, der EURO, dem G8-Gipfel etc. liegt die Abschusskompetenz auf höchster Stufe, also bei Bundesrat Schmid, der rund um die Uhr erreichbar sein muss. Eigenmächtig darf ich nur bei Notwehr oder Notstand schiessen. In einem kriegerischen Szenario ist die Abschuss-Kompetenz gemäss Einsatzregeln hierarchisch tiefer angesetzt.

Was sind nebst den «alltäglichen» Aufgaben die nächsten Herausforderungen für Sie? Das WEF 08? Die EURO 08? Die Terrorgefahr allgemein?

Für mich ist die momentan grösste Herausforderung, im heutigen Umfeld mit den starken Einschränkungen wegen massivem Finanzdruck, Personalabbau und Ressourcen-

Knappheit ein glaubwürdiges Training der Piloten und die Fähigkeit zur Auftragsbefüllung sowie die Ausbildung zu garantieren.

Die alltäglichen Luftpolizei- und Trainingseinsätze benützen wir als Vorbereitung auf das WEF im Januar 2008 in Davos und die EURO 08 im Juni.

Gleichzeitig arbeiten wir an der Kernkompetenz Luftverteidigung weiter.

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant Merz: Wir danken Ihnen für Ihren Einsatz zugunsten unseres Landes und wünschen Ihnen und Ihrer Familie frohe Festtage!

Mit Oberstlt Peter Merz sprach Ami Bossard Gartenmann bossard@prolibertate.ch

Wo bleibt das Vertrauen ins Militär?

WERNER GARTENMANN,
EHEM. PRÄSIDENT PRO LIBERTÄTE

E-Mail: gartenmann@gartenmann-beo.ch

(Artikel im Tagesanzeiger vom 4. Dezember 07)

Warum erschiess ein Armeeeingehörender mit seiner persönlichen Waffe einen jungen Menschen? Wenn der Täter auffällig war, warum werden keine Massnahmen ergriffen? Warum wird der Munitionsbefehl nicht durchgesetzt? Wurden also Sorgfaltspflichten verletzt? Die Forderung ist klar: Der Fall von Zürich-Höngg muss rigoros aufgeklärt werden. Aber es geht jetzt auch darum, die richtigen Schlüsse zu ziehen.

So lange nicht bekannt war, dass eine Armeewaffe eingesetzt wurde,

nahmen Politik und Öffentlichkeit die Tat lediglich zur Kenntnis. Jetzt wird teils eine wenig glaubwürdige Betroffenheitspolitik betrieben. Selbst die sonst auf Konkordanz pochende Bundespräsidentin Calmy-Rey preschte mit der Forderung vor, die Waffe sei den Armeeeingehörenden abzunehmen. Solcher Aktivismus wird der Sache nicht gerecht.

Sichere Schweiz

Die Schweiz ist eines der sichersten Länder. Staaten mit restriktiven Waffengesetzen und ohne Abgabe der Armeewaffe weisen teils beträchtlich höhere Kriminalitätsraten auf. Zugegeben: Armeewaffen werden für Tötungsdelikte und für Suizide verwendet. Die von den Waffengegnern kolportierte Anzahl «300»

ist aber falsch. Die Zahlen liegen beträchtlich tiefer (ca. 180, siehe VBS-Factsheet auf www.aktion-notwehr.ch). Jährlich werden über 75 Millionen Patronen verschossen. Nebst anderen Waffen befinden sich gegen 535'000 Sturmgewehre sowie Pistolen 75 in Schweizer Haushalten. Ohne die schlimmen Vorfälle bagatellisieren zu wollen, aber mit Blick auf das Ganze zeigt sich, dass mit Schusswaffen verantwortungsvoll umgegangen wird.

Milizarmee – Misstrauen

Die Milizsoldaten mit der persönlichen Waffe und der Schutzmunition bilden eine Einheit. Eine Einheit, die historisch gewachsen ist, die identitätsstiftend für die Willensnation Schweiz ist, die unser staatspoliti-

sches Verständnis – das Volk ist der Souverän – ausdrückt und sicherheitspolitisch nach wie vor Sinn macht.

Diese Einheit wird nun aufgebrochen. Der Bundesrat und das Parlament haben beschlossen, die Taschenmunition den Armeeangehörigen nicht mehr abzugeben, obwohl der Bundesrat noch im September 2006 festhielt:

- Nach wie vor bestehen Bedrohungen, welche die Gesellschaft unerwartet treffen könnten. Mit der Abgabe der Taschenmunition wird deshalb auch der Wehrwille der Schweiz demonstriert.
- In einer Demokratie, die von einer mannigfaltigen Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt, ist die Abgabe der Taschenmunition zudem aus staatspolitischer Sicht von nicht zu unterschätzender Bedeutung.
- Sie manifestiert und fördert das Vertrauensverhältnis, das zwischen Bürger und Staat besteht und ohne das unser Staatssystem nicht auskommt.
- Die Sicherheit wird nicht erhöht, wenn korrekt handelnden Angehörigen der Armee die Taschenmunition abgenommen wird.

Knapp neun Monate später vollzog die Regierung eine Kehrtwendung

und befürwortet heute die Rückfassung der Taschenmunition. Das bedeutet, dass die Argumente vom September 2006 ins Gegenteil gedreht werden.

Krasses Misstrauensvotum!

Das Dienstreglement fordert, dass Armeeangehörige Aufträge unter Einsatz ihres Lebens erfüllen. Deshalb müssen Staat und Gesellschaft, welche von dieser Armee Sicherheit konsumieren, auch das uneingeschränkte Vertrauen in die Soldaten haben. Wenn F/A-18-Piloten nun den Befehl erhalten, während des Assistenzeinsatzes zugunsten des World Economic Forums (WEF) 2008 ihre Taschenmunition abzugeben, wird klar, welch absurder Schritt eingeleitet worden ist. Einerseits müssen unsere Piloten mit bewaffneten Flugzeugen Sicherheit garantieren, am Boden andererseits muss man sie entwaffnen, weil sie offenbar eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen. In der zivilen Arbeitswelt müsste man von einem massiv gestörten Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sprechen.

Ursachen diskutieren

Gesellschaftliche Entwicklungen sind nicht auf dem Buckel der Armee auszutragen. Bürgerinnen und

Bürger sind nicht unter Generalverdacht zu stellen, indem man sie für potenzielle Mörder hält. Diskutieren wir über Ursachen der zunehmenden Gewalt. So ist das Postulat von SP-Nationalrätin Chantal Galladé zu unterstützen, Kinder und Jugendliche vor Gewaltdarstellungen in Unterhaltungsmedien zu schützen. Diskutieren wir über die Verrohung der Gesellschaft, über Disziplin und Eigenverantwortung sowie über Sorgfaltspflichten. Diskutieren wir darüber, ob schweizerische Werte «globalisierbar» sind, indem die Einbürgerung als reiner Verwaltungsakt praktiziert wird. Ich bin nicht bereit, dass ich mich als Schweizer quasi «desintegrieren» – sprich Werte und Rechte aufgeben – muss, damit sich eine Minderheit integrieren kann. Grenzt es an Zynismus, dass ich die «Aktion Notwehr» in Kenntnis des Tötungsdelikts von Höngg aufrechterhalte und für die Heimfassung der Einheit «Armee-Waffe und Taschenmunition» kämpfe? Nein, denn trotz des tragischen Ereignisses darf das grundsätzliche Anliegen nicht aufgegeben werden. Geschmacklos ist die skrupellose Höngg-Instrumentalisierung durch die Entwaffnungslobby und Armeeabschaffer.

Vorsicht: Russische Spionage...

DR. JUR. FRIEDRICH-WILHELM
SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Der diesjährige «Feiertag der russischen Militärspione» (5.11) wies im Vergleich zum Vorjahr einige bedeutsame Unterschiede auf: Präsident Putin dankte öffentlich zwei einstigen sowjetischen «Kundschaftern», die nicht etwa gegen Hitler-Deutschland gekämpft hatten, sondern gegen den damaligen Verbündeten USA. Erstmals wurde ihr damaliger Beitrag zu der Erbauung der ersten sowjetischen Atombombe ausführlich betont, während dieses Lob bisher nur den Wissenschaftlern gebührte. General Korobelnikow, der Leiter des militärischen Spionagedienstes GRU, versprach dann auch, ebenfalls künftig «für Russland, seine Grösse und die Grösse seiner Streitkräfte» tätig zu sein. Nicht von ungefähr wurden in Russland in diesem Jahr die Ausgaben für nationale Sicher-

heit um 23,1% gegenüber dem Vorjahr erhöht – nur etwas weniger als der Militäretat! Andererseits sind im letzten Halbjahr in verschiede-

nen Ländern Europas russische «Kundschafter» festgenommen worden (dass lediglich die Schweiz frei von solcher Spionage sein soll, wird



sicherlich niemand glauben können). Das Vorgehen ist dabei stets dasselbe: Russische Geheimdienstangehörige, die zumeist in den Botschaften ihres Landes als «Presseattaché» oder «Botschaftsrat für Wirtschaftsfragen» eingesetzt sind, besuchen sehr oft politische Diskussionsforen, Messen, Empfänge und wissenschaftliche Vorträge, die ihnen vielfältige Möglichkeiten für eine unverfängliche Kontaktaufnahme mit interessanten Gesprächspartnern eröffnen. Durch geschickte Gesprächsführung erhalten sie keineswegs selten Informationen, die eigentlich schutzbedürftig sind, oder auch Hinweise auf andere interessante Personen (im allgemeinen Spionage-Jargon wird diese Stufe «Abschöpfung» genannt). Erscheint der Gesprächspartner als weitere Informationsquelle geeignet, versuchen die russischen Spionage-Mitglieder den bisher offenen Kontakt auf eine neue Grundlage zu stellen und in eine halb-offene

Verbindung umzuwandeln: Einerseits bemühen sie sich um eine recht freundschaftliche Atmosphäre, zum anderen werden erste konspirative Elemente eingesetzt: Die Treffen werden in Restaurants verlegt, wobei zugleich weitere Zusammenkünfte verabredet werden – ja sogar Ausweichtermine für den Fall, dass eine Seite verhindert sein sollte. Ebenfalls bittet der Nachrichtendienst-Offizier, ihn nicht mehr in seiner Botschaft anzurufen; begründet wird dies damit, dass er «häufig unterwegs» wäre und seine Kollegen über den Kontakt «nicht informiert» seien. Bei diesen – bei den russischen Diensten so bezeichneten – «vertraulichen Verbindungen» erfolgen aber auch erste konkrete Aufträge, die am Anfang als Bitte um Erledigung kleiner Gefälligkeiten deklariert werden; als Gegenleistung gibt es weitere Einladungen in vornehme Restaurants oder auch Sachgeschenke oder kleinere Geldbeträge als «Auf-

wandsentschädigung». Allmählich steigern sich jene Zuwendungen, wobei diese psychologisch geschickt an die eigentliche Agententätigkeit heranführen.

Bei jener sogenannten verdeckten konspirativen Beschaffung handelt es sich um die klassische Führung eines Agenten: Glaubt der russische Geheimdienst, der westeuropäische Gesprächspartner habe Zugang zu sensiblen Informationen und sei bereit, diese zu liefern, erhält die Verbindung endgültig den Charakter einer Spionage: Streng konspirative Regeln werden eingeführt, die Aufträge auf geheime Unterlagen und Erkenntnisse ausgedehnt und der finanzielle «Lohn» deutlich erhöht. Spätestens jetzt müsste eigentlich jeder den nachrichtendienstlichen Charakter eines solchen Kontaktes durchschaut haben – zu einer Umkehr, einer Offenbarung gegenüber den eigenen Sicherheitsstellen ist es aber auch dann nicht zu spät.

Die Stadt Bern wählt 2008!

THOMAS FUCHS, GROSSRAT
UND SEKRETÄR DER SCHWEIZERISCHEN
VEREINIGUNG PRO LIBERTÄTE,
BERN-NIEDERBOTTIGEN

E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Am 30. November 2008 wird in der Bundeshauptstadt gewählt und alle Augen werden nach Bern schauen! «Schaff und erwirb, zahl Steuern und stirb» so das bisherige Motto der Linken. Zur Pflege seiner Multi-kulti-Ideale ist Bern auch weiterhin zu jeder finanziellen Ausgabe bereit. Die rechtschaffenen Steuerzahler werden geschröpft oder vertrieben. Die Folgen sind katastrophal. Die Stadt Bern ist schweizweit als Negativbeispiel in den Schlagzeilen. Wohnsilos à la DDR, Reitschule als Hort des Bösen, Sprayereien überall, Verkehrsschikanen, Strassenzölle, Parkplatz-Feindschaft, Bussenterror, immer neue Gebühren und Abgaben, Krawall-Demos, Bettler, Drogendealer, Prostitution. Traditionsgeschäfte in der Innenstadt schliessen. Der Fürsorge-Missbrauch steigt. Sozialinspektoren aber werden abgelehnt und der Stadtpräsident mit Fünftagebart lächelt in die Kameras der ganzen Welt, während im Hintergrund der Berner Autonomen-Anwalt Daniele Jenni – einem Taliban optisch ebenbürtig – breit grinst. Bern brennt –



diese Bilder gingen um die Welt. Verbal hat sich seither der Ton einiger linker Exponenten etwas verschärft und sogar das Wort «Polizeipräsenz» ist kein Tabu mehr. Ein kurzer Blick zurück, der auch letzte Befürworter einer Mitte-Links-Politik zu bürgerlichen Wählern werden lassen sollte:

Die SVP Schweiz organisiert einen Festumzug vom Bärengraben zum Bundesplatz. 10'000 Frauen und Männer wollen mit Musik, Trechlern und Fahnen einen schönen Familientag erleben nach dem Motto «Einstehen für die Schweiz – SVP

wählen». Bereits zu frühen Stunden bewegen sich Linksautonome, die schon optisch abschrecken, in der Berner Innenstadt. Die meisten Banken haben ihre Fensterfronten mit Holz verschalt und teilweise sogar die Leuchtschriften entfernt. Man bereitet sich auf eine gewalttätige unbewilligte Demo der Linken und Grünen vor. Als sich der Umzug am frühen Nachmittag dann in Gang setzt, wird er bereits nach der Nydeggbrücke durch Linkschaoten gestoppt. Brennende Strassensperren verhindern ein Fortkommen. Direkt auf dem Bundesplatz warten

vor allem ältere Leute, Menschen die nicht gut zu Fuss sind, Mütter mit Kindern und viele spontane Besucher und Touristen. 150 bis 250 vermummte Linkschaoten tauchen in Sekundenschnelle auf und bewerfen die spielende Musik mit Pflastersteinen, Eisenstangen und anderen Wurfgegenständen. Die Vermummten zerstören Stände, zünden Zeitungen und Werbematerial an. Der Verpflegungsstand der Firma Bell wird zerrissen, Brötli und Bratwürste auf den Boden geworfen, das Personal in die Flucht geschlagen, die Geldkasse gestohlen und der Lieferwagen in Brand gesteckt. Eine überdimensionale Milchkanne

mit drei Frauen im Innern wird samt Inhalt hemmungslos umgeworfen. Schäden an Leib und Leben werden ganz bewusst in Kauf genommen. Mit Absperrgitter, Kehrichtkübeln und Esstischen geht die hinterhältige wilde Meute auf betagte Leute und gar Kinder los. Menschen rennen schreiend umher, rufen erfolglos nach der Polizei. Jeder ist auf sich selber gestellt. Der Terror geht weiter, da keine Polizei einschreitet. Musikinstrumente werden zerstört, Lautsprecheranlagen zerschlagen, das Rednerpult auf den Platz geworfen, Schilder der Vereinigung PRO LIBERTATE werden als Stichgegenstand eingesetzt, Autoscheiben

und Fenster der Banken gehen zu Bruch. Nach mehr als 15 Minuten dann endlich eine erste Polizeitruppe in Kampfmontur, die dem Spuk ein Ende bereitet. Die Sanität bringt teilweise schwer verletzte Leute ins Spital und die vor Ort tätigen Samariter verarzten Schnittwunden und Wurfverletzungen. Zurück bleiben fassungslose Mitbürger und mehrere Hunderttausend Franken Schaden sowie eine Polizeitruppe, die von ihrem eigenen Kommandanten vorsorglich angezeigt wird, damit keine weiteren Peinlichkeiten an die Öffentlichkeit gelangen.

Zu wahr, um schön zu sein!

VON PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Manchmal ist das Leben wie eine Satire; und manchmal noch schlimmer.

Etwa dann, wenn es um die Auswüchse der modernen Gender-Bürokratie geht. Jeder Satireversuch bleibt angesichts solch real existierender Vorgänge geradezu harmlos. Die Beispiele sind endlos: Die europäische Antidiskriminierungsgesetzgebung verpflichtet Arbeitgeber, Stellenausschreibungen geschlechtsneutral vorzunehmen – andernfalls wuchert die Klageindustrie mit Schadenersatzprozessen. In Norwegen droht Aktiengesellschaften die Auflösung, falls der Verwaltungsrat nicht zu 40% mit Frauen besetzt ist. An praktisch allen renommierten Universitäten im In- und Ausland sind «Gender Studies» in irgendeiner Form Teil des Lernangebots, etc., etc.

Auch die Schweiz bleibt nicht verschont: Der Bundesrat hat eine spezielle interdepartementale Arbeitsgruppe (IDA) für «Gender Mainstreaming» eingesetzt, damit «jedes Projekt und jede Massnahme der Bundesverwaltung» Männlein und Weiblein gleichermaßen zugute kommt. Eine Untergruppe dieser IDA hat sich dem geschlechtergerechten Internetauftritt der Bundesverwaltung gewidmet (alles auf Kosten der Steuerzahler, versteht sich). Gemäss «wissenschaftlichen» Studien würden Frauen das Internet nämlich anders nutzen als Männer: Sie suchen «in der Regel Antworten

auf konkrete Fragen und sind nicht an allgemeinen Informationen interessiert». Darauf basierend kritisiert die Untergruppe den einseitig auf männliches Suchverhalten ausgerichteten Internetauftritt der Bundesverwaltung. «Der Aufbau der Internetseite erlaubt es nicht, eine konkrete Frage rasch zu beantworten.» Ebenso wie auf Bundesebene macht Frau auch im Kanton Basel Stadt ernst mit Gleichstellung: Das dortige Gleichstellungsbüro preist auf seiner Homepage Publikationen zu existenziellen Fragen an, wie «Geschlechtergerechte Pausenplatz-Gestaltung» oder «Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen – Geschlechterdifferenzierte Rechnungsanalysen im Kanton Basel-Stadt». Am ersten – naja – «Werk» hat das Gleichstellungsbüro mitgearbeitet, beim zweiten ist es sogar Mitherausgeber.

Neuestes Beispiel aus den Niederungen der Gleichstellungsbürokratie: Verkehrsschilder und Ampeln

müssen in Zukunft geschlechtergerecht ausgestaltet werden. In Holland, Deutschland und Österreich ist diese Forderung bereits Realität. Auch in der Stadt Bern reichten zwei grüne Stadträtinnen einen entsprechenden Vorstoss ein. Gewisse Frauen fühlen sich offenbar diskriminiert, weil sie sich in der Figur in unserem Strassenverkehr zu wenig wiedererkennen.

Da bleibt die Frage, wie sich die Kampf-Emanzen ihr Ebenbild auf Verkehrsschildern vorstellen? Mit Massen 90:60:90 und langen Haaren? Oder wäre das schon wieder zu sexistisch? Mit der «Frau» auf den Ampeln in Haarlem (NL) möchte sich jedenfalls keine Frau mit Gefühl für Ästhetik identifizieren. Vielleicht ist die Figur auf Ampeln und Verkehrsschildern einfach nur deshalb etwas «männlich» gewählt, weil es das Äussere einer Frau einfach nicht gibt. Kleider (Jupe oder Jeans?), Haare (kurz oder lang?) Schuhe (mit oder ohne Absatz?): Frauenmode

■ Die Frau, die es wagt, Gender-Mainstreaming in Frage zu stellen. Eva Hermann an der PRO LIBERTATE Hauptversammlung ■



ist zu vielfältig, um sie verkehrshildergerecht zu normieren. Aber für Kampf-Emanzen sind das Details: Emanzipation total ist das Dogma. Kein Hindernis ist zu gross, kein Steuerfranken zu schade und kein anderes Problem zu wichtig, um den Staat zum Biotop mit vollständig sterilisierten, asexuellen,

humanoiden Lebewesen zu transformieren. Von der Bundesverwaltung bis ins Ehebett ist Gleichstellung Programm. Widerstand ist politisch unkorrekt. Für Ketzer droht der Scheiterhaufen der Boulevardpresse. Immerhin: Solange die Männer nicht per Gesetz schwanger werden

können, wird Menschenverstand und Menschlichkeit noch ein Reservat gewährt in der gegenwärtigen «Kultur» des Gender-Faschismus. Aber rühmen können wir uns deswegen trotzdem nicht. Die Forschung ist einfach noch nicht «weit» genug.

Gedanken der Präsidentin



12. Dezember 2007

Ein schwarzer Tag für die Freiheit!

AMI BOSSARD GARTENMANN

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Ein Bundesrat wird abgewählt! Er hat während vier Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Er hatte ausgezeichnete Dossierkenntnisse, dies mussten selbst Andersden-

kende bestätigen. Er hat in seinem Departement Millionen eingespart, ohne dass die Leistung abgebaut werden musste. Er hat sich stets für die Freiheitsrechte eingesetzt. Er hat es gewagt, den Einfluss des Völkerrechtes auf die direkte Demokratie und Souveränität zu hinterfragen. Er hat es gewagt heisse Eisen zu thematisieren und er verstand, wo den einfachen Bürger die Schuhe drücken. Offenbar erträgt dieses Parlament nur angepasste Bundesräte, welche beeinflussbar sind, sich dem Mainstream und der Medienmacht unterwerfen. Der Leistungsausweis scheint nicht so wichtig zu sein. Diese Einsicht erschüttert mich und lässt mich nicht in eine hoffnungsvolle Zukunft blicken. Es stimmt mich äusserst bedenklich, wenn die Mehrheit des Parlamentes aus Sozialisten, Etatisten, Neidern und Rächern besteht. Tolle Aussichten!

Unangetastet bleibt ein Verteidigungsminister, welcher wohl in nächster Zeit gemeinsam mit den Sozialisten an der Entwaffnung des Bürgers mitarbeiten wird. Das erste Zeichen mit der Munitionsabgabe

hat er gesetzt, dafür wurde er auch glanzvoll wiedergewählt.

Eine Calmy-Rey kann ungehindert Grenzen überschreiten, unsere Neutralitätspolitik aufs Spiel setzen und in ihrem Departement Männerkarrieren knicken. Ihr wird zugejubelt, wenn Sie sich nicht an die Kollegialität hält, so gibts keine Medienschelte.

Auch ein Bundespräsident mit royalistischen Allüren und ohne spürbare innenpolitische Erfolge wird beklatscht. Bundesratsmitglieder dürfen alles – ausser sich für die Freiheit der Bürger und Bürgerinnen einsetzen!

Liebe Mitglieder und Sympathisanten der Weg der Freiheit wurde mit Steinen verschüttet, es muss uns nun gelingen mit diesen Steinen wieder eine Treppe in die Freiheit zu bauen!

PRO LIBERTATE dankt seinem Mitglied Bundesrat Blocher für den enormen Einsatz und hofft weiterhin auf seine politische Kraft.

Der Vorstand dankt für die Unterstützung und wünscht allen frohe Festtage und ein gutes Jahr 2008!

Infanteriebunker Fischbalmen

Besuchen Sie die eindrückliche und vollständig ausgerüstete Bunkeranlage Fischbalmen in der Beatenbucht am Thunersee: Besichtigungen von April bis Oktober jeweils am dritten Samstag des Monats von 14.00 bis 17.00 Uhr. Zusätzliche Führungen für Gruppen auf Anfragen. Silvio Keller, Tel. 033 822 52 77 oder Werner Gartenmann Tel. 079 222 79 73, E-Mail: bunker.beatenbucht@bluewin.ch

■ Anlässlich seiner Schlussitzung 2007 besuchte der Vorstand den Infanteriebunker Fischbalmen in der Beatenbucht (Thunersee). Er «tankte» im Réduit Kraft für das neue Jahr... ■



1 dringender Aufruf

Am 24. Februar 2008 werden wir über die Volksinitiative «Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten» abstimmen. Es darf nicht sein, dass durch die zu weit gefasste Initiative – die ganze Schweiz kann als Tourismusgebiet bezeichnet werden – die Einsatzbereitschaft unserer Luftwaffe gefährdet wird. Unsere Piloten müssten ihre Ausbildung ins Ausland verlegen. Ihr eigentlicher Einsatzraum – insbesondere der Alpenraum – wäre nicht mehr ihr Trainingsraum. Unter dem Strich geht es um eine Schwächung unserer Armee. **PRO LIBERTATE** wird einen aktiven Abstimmungskampf führen. Mit Flugblättern, Plakaten, Kurzargumentarien und Klebern rufen wir die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf, am 24. Februar 2008 **NEIN** zur Abschaffung der Luftwaffe zu sagen.

8

PRO LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Unterstützen Sie die Aktion von PRO LIBERTATE «Nein zur Abschaffung der Luftwaffe»

Bestelltalon für Werbemittel:

Ex.



Flyer

Ex.



Kleber gross
(9,5 x 9,5 cm)

Ex.



Kleber klein
(4,7 x 4,7 cm, Bogen à 6 Ex.)

Ex.



Postkarte (14,8 x 10,5 cm)

Senden Sie mir bitte die angegebene Menge
Werbemittel für die Abstimmung vom 24. Februar
2008 an folgende Adresse:

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Einsenden an: Pro Libertate • Postfach 587 • 3052 Zollikofen
www.prolibertate.ch • info@prolibertate.ch

LinksLink
www.vbs.ch
www.luftwaffe.ch
www.aktion-notwehr.ch

Sie können Spenden
an PRO LIBERTATE
auch in **WIR** tätigen.

Schon
vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch

Die Bestrebungen von
PRO LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz
interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Datum

Unterschrift

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

6.07

Impressum

Redaktion: A. Bossard Gartenmann, M. Gerber

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,

Postfach 587, 3052 Zollikofen

Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85

Internet: www.prolibertate.ch

E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard Gartenmann (Präsidentin),
3800 Matten b. I.

Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 6

Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen

Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz

Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 14.12.2007